



## Inhaltsverzeichnis

05.02.2026 Haldensleber Volksstimme: Vorstellung der Stilllegung des Endlagers	3
05.02.2026 die tageszeitung: Strahlende Zukunft	4
04.02.2026 BBV-Net (Bocholter-Borkener Volksblatt): AfD-Antrag zu Atomkraft- Geldanlage scheitert	8

# Haldensleber Volksstimme

## Vorstellung der Stilllegung des Endlagers

Online-Veranstaltung zu den Arbeiten im ERA Morsleben.

Morsleben/VS. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) lädt zum digitalen Dialogforum „Betrifft: Morsleben“ am Dienstag, 10. Februar, um 18 Uhr ein. In der Online-Veranstaltung stehen der Rückblick auf die Arbeiten im vergangenen Jahr sowie die geplanten Arbeiten in diesem Jahr im Fokus. Matthias Ranft, Projektleiter des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben, spricht zudem über das komplexe Genehmigungsverfahren, das die geplante Stilllegung des Endlagers verlangt.

Im Endlager Morsleben befinden sich rund 37.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle unter Tage. Die Aufgabe der BGE ist, das Endlager unter Verbleib der radioaktiven Abfälle stillzulegen. Unter der Einhaltung der atomrechtlichen Vorgaben wird die Stilllegung des Endlagers Morsleben umfangreich wissenschaftlich vorbereitet und begleitet.

Die Teilnahme zu dieser Online-Veranstaltung ist auf zwei Wegen mög-

lich: per Zoom-Konferenz oder im Livestream auf YouTube. Der Link zur Zoom-Konferenz wird am Veranstaltungstag auf der Startseite von [www.bge.de](http://www.bge.de) zugänglich sein. Zudem wird die Veranstaltung über den YouTube-Kanal der BGE unter [www.youtube.com/@die\\_bge](http://www.youtube.com/@die_bge) gestreamt.

Fragen und Diskussionsbeiträge können Interessierte vorab per E-Mail an [info-morsleben@bge.de](mailto:info-morsleben@bge.de) schicken.

Wörter:	164	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	15 bis 15	Auflage <sup>1</sup> :	5.881 (gedruckt)
Ressort:	Lokal		6.344 (verkauft)
Rubrik:	Haldensleben	Reichweite <sup>2</sup> :	6.801 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT		0,01613 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 01/2026

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

## Strahlende Zukunft

Weiter widerständig – ein Ortsbesuch in Gorleben, Keimzelle der Anti-Atommüllbewegung, zeigt, wie kontrovers und unendlich die Suche nach Lagern für hoch Verstrahltes ist

Die Nacht ist frostig. Durch den Wald wabert kalter Nebel. An den Spitzen der Kiefernadeln glänzen kleine Eistropfen im milchigen Zwielflicht. Wo die Straße von Gorleben ins Nachbardorf Gedelitz einen Bogen macht, biegen Autos auf einen Stichweg ab. Er führt auf eine Lichtung – und weiter zum Einfahrtstor des Erkundungsbergwerks Gorleben, das lange Zeit im Fokus der deutschen Atommüllpolitik stand.

Über Jahrzehnte prägten mehrere miteinander verbundene Gebäudekomplexe, der Förderturm und die Verladeanlage, dieses Bergwerk. Unschwer lässt sich erkennen, wie sehr sich dessen Silhouette in den vergangenen Monaten verändert hat. Die Verladeanlage ist längst verschwunden, sie wurde mit dem brückenähnlichen Übergang zum Turm abgebrochen.

Hinter dem Zaun wird ungeachtet der niedrigen Temperatur gearbeitet. Schwere Fahrzeuge rangieren auf dem Gelände. Sie transportieren Salz, das einst aus der Erde geholt und ein Stück entfernt auf einer gewaltigen Halde aufgeschüttet wurde, zurück in das Bergwerk. Insgesamt sollen rund 400.000 Kubikmeter Steinsalz in die Hohlräume befördert werden. Diese wurden für die Erkundung des unterirdischen Salzstocks aufgebohrt oder durch Sprengungen geschaffen. Mit den im November 2024 begonnenen Arbeiten liege man gut im Plan, versichert Sven Petersen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) der taz. „Bis Mitte Januar haben wir bereits 150.000 Tonnen Salz nach unter Tage verbracht.“

Die bundeseigene Gesellschaft ist Betreiberin des Bergwerks. Wenn keine größeren technischen Probleme auftreten, soll die Verfüllung der Strecken, also der unterirdischen Tunnel, im ers-

ten Halbjahr 2027 abgeschlossen sein. Danach werden die beiden senkrecht in die Tiefe führenden Schächte zugeschüttet.

Mit dem Auffüllen des Bergwerks hat das wohl letzte Kapitel begonnen in der wechselvollen Geschichte der Auseinandersetzung um ein Atommüllendlager in Gorleben. Über Jahrzehnte wurde der Salzstock als einziger Standort auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle geprüft. Über Jahrzehnte entstand dort – wie selbst führende Behördenvertreter wie der frühere Chef des Atommüllbundesamtes BASE, Wolfram König, einräumten – unter dem Deckmantel der Erkundung ein fast fertiges Endlager. „Gorleben ist größer gebaut worden, als es für die Erkundung nötig gewesen wäre“, sagte König schon im Jahr 2009, damals leitete er noch das Bundesamt für Strahlenschutz.

2020 schied Gorleben aus dem neu aufgerollten Suchverfahren für ein Endlager aus. Offiziell aus den von Atomkraftgegnern immer wieder vorgebrachten geologischen Gründen – der Salzstock hat Kontakt zum Grundwasser und ein zu dünnes Deckgebirge. Vermutlich war aber auch der ausdauernde und fantasievolle Widerstand der Lüchow-Dannenberg Bevölkerung und ihrer auswärtigen Unterstützer:innen ein wesentlicher Grund für den Ausschluss Gorlebens.

Bis zum Wegfall des Salzstocks als Endlager wurden annähernd zwei Milliarden Euro buchstäblich „ins Gorlebener Salz gesetzt“, sagt Wolfgang Ehmke der taz. Der 78-jährige Anti-Atomkraft-Veteran ist seit vielen Jahren Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, der „BI“. Er führt Journalisten und andere Interessierte über die Lichtung vor dem Bergwerk, die häu-

fig Ausgangspunkt für Demonstrationen und Aktionen war und es immer noch ist.

In der Mitte des Platzes ist das ehemalige Greenpeace-Schiff „Beluga“ aufgebockt, weshalb viele im Wendland diesen Ort das „Beluga-Dreieck“ nennen. Am Rand, schon unter Bäumen, steht die nach einer 2001 verstorbenen Aktivistin aus dem Wendland benannte Undine-von-Blottnitz-Hütte, ein wuchtiges Rund- und Versammlungshaus aus Holz, das die widerständigen Landwirte von der Bäuerlichen Notgemeinschaft im Jahr 2010 zusammenzimmerten.

Ein Stück weiter, auf einer Schneise, sind drei große Kreuze in den sandigen Waldboden gerammt worden. Eines ist so stark verwittert, dass es durch einen Baum abgestützt werden muss. Grob behauene Stämme dienen als Bänke. Hier, an den Kreuzen, treffen sich Menschen zum „Gorlebener Gebet“, Sonntag für Sonntag, seit fast 40 Jahren. Sie halten Andachten ab, singen Lieder und mahnen einen anderen Umgang an mit Atommüll und der Umwelt überhaupt. Jeden Sonntag kommen 10 bis 30 Personen zusammen, manchmal deutlich mehr. Den Anstoß für das „Gorlebener Gebet“ gab 1988 ein großer Protestmarsch gegen Atomkraft – mehr als 1.000 Kilometer war er lang und reichte vom bayrischen Wackersdorf bis ins niedersächsische Gorleben. 63 Tage lang schleppten Demonstranten ein schweres Holzkreuz mit sich, das sie am Ende des Marsches im Gorlebener Wald aufstellten.

Das „Gorlebener Gebet“ ist nicht nur eine Veranstaltung für gläubige Christen. „Buddhisten aus Nepal haben schon die Andachten geleitet und Muslime auch“, erzählt Christa Kuhl. Die 86-Jährige ist von Beginn an dabei und hat selbst schon zahlreiche der sonntägli-

chen Treffen vorbereitet. „Einmal sagte einer, er sei Atheist. Dass er auch gern kommen würde. Und wir haben ihn eingeladen.“ Dass die Gebete auch nach dem Ausschluss des Salzstocks aus dem Suchverfahren weitergehen, ist für Kuhl eine Selbstverständlichkeit. „Unser Motto ist ja: Spiritualität und politische Verantwortung im Widerstand. Das gilt nicht nur für einen Standort, das ist auf die Bewahrung der Schöpfung insgesamt bezogen.“

Im Februar 1977 hatte Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben per Fingerzeig auf der Landkarte zum Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum auserkoren. Auf einer Fläche von 12 Quadratkilometern sollten außer einem Endlager eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage, ein Zwischen- und ein Pufferlager sowie weitere Komponenten für den sogenannten nuklearen Brennstoffkreislauf errichtet werden.

Wissenschaftliche Gründe spielten für die Auswahl Gorlebens kaum eine Rolle. Albrecht wollte mit seiner Entscheidung vor allem die DDR ärgern, wie der 2010 verstorbene Geologieprofessor Gerd Lüttig kurz vor seinem Tod der taz erzählte. Der Ministerpräsident habe den Standort in der Nähe der deutsch-deutschen Grenze haben wollen, „weil die Ostzonalen uns die Geschichte mit ihrem Endlager Morsleben eingebrockt hatten“. Morsleben, das in Sachsen-Anhalt nahe an der Grenze zu Niedersachsen liegt, war seit 1971 das Atommüllendlager der DDR.

„Wir befürchteten immer, und das hat Herrn Albrecht auf die Palme gebracht, dass Morsleben eines Tages absaufen würde und radioaktive Wässer in Richtung Helmstedt fließen könnten“, sagte Lüttig. Der Ministerpräsident habe daraufhin erklärt: „Dann machen wir das auch.“ Erst später habe Albrecht weitere Argumente für Gorleben hergeholt, erinnerte sich der Wissenschaftler. „Er hat gesagt, der Landkreis sei ja dünn besiedelt, und er sei vom Landkreis angesprochen worden, man solle doch da etwas machen, es käme doch selbigem zugute.“ Im strukturschwachen, konservativen Wendland mit damals stabiler CDU-Mehrheit, so das Kalkül, würden die Leute schon nichts ge-

gen die geplanten Atomfabriken haben, und gegen die versprochenen Arbeitsplätze erst recht nicht.

„Wenn du die Atomanlagen vor der Nase hast, kannst du dir nicht aussuchen, ob du dich mal engagierst und mal nicht“ **Wolfgang Ehmke, Anti-Atomkraft-Veteran**

Doch Albrechts Rechnung ging nicht auf. Viele Lüchow-Dannenbergler lehnten die Atomanlagen strikt ab. Schon am Abend der Standortbenennung, am 22. Februar 1977, demonstrierten in Gorleben Hunderte empörte Bürger. Drei Wochen später versammelten sich bereits 20.000 Menschen am geplanten Baugelände. Ein nie aufgeklärter Waldbrand hatte das Gebiet kurz zuvor verwüstet und erst mal wertlos gemacht.

Die Bürgerinitiative, die ursprünglich wegen eines im nahen Langendorf geplanten, aber nie realisierten Atomkraftwerkes gegründet worden war, verzeichnete großen Zulauf, erinnert sich Ehmke im Gespräch mit der taz: „Das war eine bunte Mischung. Hausfrauen, Bäuerinnen und Bauern, Fischer und Naturschützer. Auch Schriftsteller und Künstler, etwa Nicolas Born, Uwe Bremer und Kai Hermann, der für den *Spiegel* und den *Stern* schrieb.“

Mit den auswärtigen Atomkraftgegnern aus den Städten, die zu jener Zeit gegen die Bauzäune in Brokdorf und Grohnde anrannten und sich dort heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten, hatte man im Wendland zunächst nicht viel zu tun. „Wir waren Provinz und wir wollten in der Provinz Politik machen“, sagt Ehmke. „Man konnte die Leute nur da abholen, wo sie sind. Wären die Aktionsschritte zu schnell gewesen, hätte das politische Lernen nicht reifen und wachsen können.“

Im März 1979 brachen Landwirte aus dem Wendland zu ihrem Treck nach Hannover auf. Sie wurden dort von mehr als 100.000 Demonstranten begeistert empfangen. Lüchow-Dannenbergler und Auswärtige protestierten erstmals gemeinsam in großem Stil. Das beeindruckte auch die Politiker. Ei-

ne Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben sei politisch nicht durchsetzbar, telegrafierte Albrecht an Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Die Erkundung des Salzstocks ging aber weiter, bei der Endlagersuche blieb Gorleben für weitere Jahrzehnte als Standort gesetzt. Auch zwei Zwischenlager und eine „Pilotkonditionierungsanlage“ zum Verpacken von Atommüll entstanden im Gorlebener Wald.

Im Mai 1980 besetzten Tausende Atomgegner ein Stück Land über dem Salzstock und riefen die „Republik Freies Wendland“ aus. Auf dem sandigen Waldboden bauten sie Hütten aus Baumstämmen, Stroh und Glas, eine Küche, ein großes Rundhaus für Versammlungen, Latrinen, einen Schweinestall, zwei Türme und ein Passhäuschen mit Schlagbaum, wo „Wendenpässe“ ausgestellt wurden und über dem die grün-gelbe Wendlandfahne flatterte. Nach einem Monat räumte die Polizei im bis dahin größten Einsatz der bundesdeutschen Geschichte das Gelände. Viele Beamte hatten ihre Gesichter geschwärzt, Bulldozer walzten die Hütten nieder. Als Letztes zerrten die Polizisten die Leute aus den Türmen heraus.

In der Folgezeit erlahmte im Bundesgebiet der Schwung der Anti-Atom-Bewegung. Bürgerinitiativen fielen auseinander, viele Aktive engagierten sich in anderen gesellschaftlichen Konflikten oder zogen sich zurück. Doch in Gorleben blieb der Widerstand lebendig. Als Tieflader 1984 die ersten Fässer mit schwach radioaktivem Atommüll ins Wendland karrten, verbarrikierten Tausende Lüchow-Dannenbergler mit Baumstämmen, Autos und ihren eigenen Körpern sämtliche Zufahrtsstraßen in den Landkreis. „Wenn du die Atomanlagen vor der Nase hast“, sagt Ehmke, „kannst du dir nicht aussuchen, ob du dich mal engagierst und mal nicht.“

So auch bei den Castortransporten, die zwischen 1995 und 2011 mit hoch radioaktivem Atommüll ins Gorlebener Zwischenlager rollten und von Tausenden Demonstrierenden immer wieder blockiert und gestoppt wurden. Am Ende, blickt Ehmke auf diese turbulenten Jahre zurück, „wurde auf der Straße und

der Schiene letztlich der Atomausstieg ausgehandelt, es ging doch nicht nur um Gorleben, es ging ums Ganze“.

Mit dem Aus für den Salzstock Gorleben stellten Politik und Behörden die Suche nach einem Endlager auf null. In 60 Jahren Atomkraftnutzung sind in der Bundesrepublik rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktive Abfälle angefallen. Die BGE, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, hat den Auftrag, den dafür am besten geeigneten Standort zu finden. Das Endlager soll mindestens 300 Meter unter der Erdoberfläche gebaut werden und den Atommüll für eine Million Jahre einschließen. Als sogenannte Wirtsgesteine, die das künftige Endlager umgeben, kommen Salzstöcke, Ton und Granit infrage.

In mehreren Arbeitsschritten hat die BGE einen Großteil Deutschlands bereits als vermutlich ungeeignet verworfen. Derzeit gelten noch rund 25 Prozent des Bundesgebietes als potenziell tauglich – diese Flächen liegen vor allem in Norddeutschland, Mecklenburg-Vorpommern, Westfalen und Sachsen-Anhalt. Auch das Wendland ist mit zwei Tongebieten noch im Rennen.

In den kommenden Monaten werden weitere Zwischenstände veröffentlicht. Ende 2027 will die BGE konkrete Standortregionen zur weiteren Erkundung vorschlagen. „So können alle Menschen sehen, dass es mit der Endlagersuche vorangeht und wie es in ihrer Region derzeit aussieht“, sagt BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder.

Voran geht es vielleicht, aber tatsächlich nur langsam. Laut Gesetz soll ein Standort bis 2031 gefunden sein, aber das wird nicht klappen. Inzwischen bewegen sich die Schätzungen für ein Findungsdatum deshalb zwischen 2045 und 2065. Danach wird es noch weitere Jahrzehnte dauern, bis das Endlager gebaut und befüllt ist. Diese Entwicklung hat bei den Verantwortlichen Überlegungen ausgelöst, ob es nicht vielleicht doch irgendwie schneller gehen könnte.

„Eine deutliche Beschleunigung der Endlagersuche ist möglich und nötig“, sagt etwa Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD). Zum Beispiel könn-

te die bislang getrennt geplante oberirdische und unterirdische Erkundung eines Standorts in einem Arbeitsschritt zusammengefasst werden. Zudem wird diskutiert, ob für die unterirdische Untersuchung der aufwendige Bau eines Erkundungsbergwerks wie in Gorleben nötig ist. Auf Kosten der Bürgerbeteiligung, so Schneider, dürfe eine Beschleunigung des Suchverfahrens aber nicht gehen.

Wolfgang Ehmke hält genau das für „kaum vorstellbar“. Er befürchtet, dass bei einer Zusammenlegung der ober- und untertägigen Erkundung Klagemöglichkeiten wegschmelzen: „Wir haben auch große Zweifel, ob bei beispielsweise der Erkundung eines Salzstocks auf ein Bergwerk verzichtet werden kann. Jahrzehntlang wurde uns gepredigt, das sei nötig.“

Aus Sicht von Ehmke und seinen Mitstreiter:innen greift die Suche nach einem Endlager für den hoch radioaktiven Atommüll ohnehin viel zu kurz. Denn in Deutschland fallen auch mehrere Hunderttausend Tonnen schwach und mittel radioaktive Abfälle an. Sie stammen vor allem aus dem Betrieb und Abriss von Atomkraftwerken, zum Teil aber auch aus Medizin und Forschung. Später sollen sie in das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter gebracht werden, das die BGE derzeit zum nationalen Endlager für diese Kategorie Atommüll umbaut.

Die Inbetriebnahme von Schacht Konrad war ursprünglich für 2013 geplant. Mittlerweile geht BGE-Chefin Graffunder von Anfang der 2030er-Jahre aus. Möglicherweise muss das Vorhaben auch ganz aufgegeben werden, denn beim Niedersächsischen Obergericht sind noch Klagen von Umweltverbänden gegen den Planfeststellungsbeschluss von 2002 anhängig.

Die Atommüll -Hotspots
<b>Schacht Konrad</b> In Salzgitter baut die Bundesgesellschaft für Endlagerung das ehemalige Eisenbergwerk Schacht Konrad zum Endlager für schwach und mittelradioaktiven Müll aus. Dort sollen 303.000 Kubikmeter Nuklearab-

fälle aus AKWs, Forschungsinstituten, Krankenhäusern und der Industrie eingelagert werden. Das Lager sollte 2013 in Betrieb gehen. Nach immer neuen Verzögerungen ist der Betriebsbeginn nun für die 2030er-Jahre geplant. Gegen Konrad sind noch Klagen von Umweltverbänden anhängig.

**Asse** In das stillgelegte Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel ließ die Bundesrepublik zwischen 1967 und 1978 rund 126.000 Fässer mit schwach und mittelradioaktivem Atommüll kippen. Seit Jahrzehnten läuft Salzlauge in das Bergwerk, es gilt als instabil. Die Abfälle sollen deshalb an die Oberfläche geholt werden. Weil im Schacht Konrad dafür kein Platz ist, müsste für den Asse-Müll ein weiteres Endlager gebaut werden.

**Morsleben** Morsleben in Sachsen-Anhalt war das Endlager der DDR, mit der Wiedervereinigung ging es an den Bund. In dem Salzstock lagern rund 37.000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktiver Atommüll. Seit 1998 gilt ein Einlagerungsstopp, derzeit läuft das Verfahren zur endgültigen Stilllegung. Auch Morsleben gilt als einsturzgefährdet.

**Gorleben** Der Salzstock Gorleben wurde seit Ende der 1970er-Jahre auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktiven Atommüll untersucht. Ebenso lange protestierten Atomkraftgegner gegen eine Festlegung auf den nach ihrer Auffassung ungeeigneten Standort. Auch namhafte Geologen bezweifelten die Tauglichkeit, weil ein Deckgebirge fehlt und der Salzstock Kontakt zum Grundwasser hat. 2020 schied Gorleben aus dem Suchverfahren aus. Die Schächte und Stollen des Erkundungsbergwerks werden zugeschüttet.

(rp)

Dazu kommt: Schacht Konrad ist nur für bis zu 303.000 Kubikmeter Atom-  
müll genehmigt. Das Volumen der Ab-  
fälle wird sich aber auf rund das Dop-  
pelte belaufen, wie die Bundesregie-  
rung einräumt. Unter anderem wäre  
für die 126.000 Atommüllfässer, die aus  
dem maroden Bergwerk Asse gebor-  
gen werden sollen, sowie für die Rück-  
stände aus der Urananreicherungsan-  
lage im westfälischen Gronau, kein Platz  
im Schacht Konrad.

Und dann gibt es ja noch das Problem  
mit den 16 Zwischenlagern, in denen  
die Castorbehälter mit den abgebrann-  
ten AKW-Brennstäben und dem recycel-  
ten Müll aus der Wiederaufbereitung  
derzeit aufbewahrt werden. Die Zwi-  
schenlager wurden für einen Zeitraum  
von 40 Jahren genehmigt. Schon 2034  
läuft die Betriebserlaubnis für das Gor-  
lebener Lager aus, das unweit des Berg-  
werks auf der anderen Seite der Stra-  
ße liegt und von einer Mauer und Na-  
to-Draht umgeben ist. Dort strahlen,  
verteilt auf insgesamt 420 Stellplätze,  
113 Castorbehälter mit hoch radioakti-  
ven Abfällen vor sich hin. Insgesamt be-  
finden sich in den deutschen Zwischen-  
lagern etwa 1.750 Castoren.

Der Betreiber der Anlage, die bun-  
deseigene Ge-sellschaft für Zwischen-  
lagerung (BGZ), hat jetzt das Geneh-  
mungsverfahren für eine verlängerte  
Zwischenlagerung in Gorleben ein-  
geläutet und will auch die Öffentlich-  
keit beteiligen. Bürger:innen, die ih-

ren Wohnsitz im Landkreis Lüchow-  
Dannenberg haben, konnten sich bis  
zum 18. Januar für die Teilnahme in ei-  
ner sogenannten Dialoggruppe bewer-  
ben.

„Gegen einen regionalen Dialog zu  
den Problemen der Zwischenlagerung  
für die nächsten 100 Jahre spricht na-  
türlich nichts“, sagt der Sprecher der  
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-  
Dannenberg (BI), Ehmke. „Ein neues  
Zwischenlagerkonzept muss allerdings  
mit tatsächlichen Mitentscheidungsbe-  
fugnissen der Zivilgesellschaft erarbei-  
tet werden.“

Ehmke drängt auf einen nationalen Be-  
gleitprozess für die verlängerte Zwi-  
schenlagerung, an dem alle Standort-  
gemeinden und die Initiativen sowie  
Umweltverbände beteiligt sind. „Gor-  
leben macht ja nur den Anfang, an  
allen anderen Standorten laufen die  
Genehmigungen sukzessive ebenfalls  
aus“, sagt er. Ein Dialog brauche Augen-  
höhe, das Mindeste sei eine finanzielle  
Ausstattung eines Zwischenlagerfor-  
ums, die Expertise aufseiten der Kom-  
munen und Zivilgesellschaft ermögli-  
che.

Über Jahrzehnte entstand in Gorleben  
unter dem Deckmantel der Erkundung  
ein fast fertiges Endlager. Der Umwelt-  
verband BUND fordert „ein durchdach-  
tes Gesamtkonzept, bei dem alle Zwi-  
schenlagerstandorte einbezogen wer-  
den“. Wichtig sei, dass die Lagerstätten

sicherheitstechnisch den Bedingungen  
einer stark verlängerten Lagerungsda-  
uer und der aktuellen Bedrohungslage  
entsprechen, sagt Bernd Redecker vom  
BUND-Niedersachsen. „Die Menschen  
an den Zwischenlagerstandorten, die  
über Jahrzehnte im Glauben gelassen  
wurden, dass nach 40 Jahren Schluss  
sei, verdienen es, mit ihren Beden-  
ken und Erkenntnissen ernst genom-  
men und umfassend beteiligt zu wer-  
den.“

Auch das Zuschütten des Bergwerks  
wollen die Atomgegner:innen weiter  
beobachten. Die BI verlangt, dass beim  
Rückbau des Bergwerks Naturschutzbe-  
lange berücksichtigt werden. „Wir ha-  
ben vorsorglich der BGE einen entspre-  
chenden Katalog schützenswerter Flo-  
ra und Fauna zukommen lassen“, sagt  
Ehmke.

Wünschenswert sei außerdem, dass  
ein Teil der Mauer um das Berg-  
werk für immer bleibt. Sie steht der-  
zeit, nach dem bereits erfolgten Abriss  
der Überwachungsanlagen, auch noch  
dort. „Dieser Mauerrest mit den Graffi-  
ti, die von der bewegten Geschichte des  
Gorleben-Widerstandes zeugen, muss  
ein Denkmal für die industriepolitische  
Fehlentwicklung des letzten Jahrhun-  
derts werden“, fordert Wolfgang Ehm-  
ke. Viele der einst auf den Beton ge-  
sprühten Parolen und zerplatzten Farb-  
beutel sind längst verblasst.

Wörter:	2.537	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Aus Gorleben Reimar Paul	Nummer:	20260205
Seite:	4 bis 5	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	nahaufnahme	Auflage <sup>1</sup> :	26.122 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		47.587 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		49.527 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite <sup>2</sup> :	0,33159 (in Mio)

<sup>1</sup>Verlag 10/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Newsletter

# AfD-Antrag zu Atomkraft-Geldanlage scheitert

Kontroverse Debatte in Bocholter Ausschuss

Ein Antrag der AfD zur Lockerung von Anlagekriterien für Atomenergie-Unternehmen sorgte im Bocholter Haupt- und Finanzausschuss jetzt für einen Schlagabtausch.

Ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion hat am Mittwoch (4. Februar) im Bocholter Haupt- und Finanzausschuss eine intensive Debatte über den Umgang mit Atomenergie ausgelöst. Vertreter mehrerer Fraktionen übten scharfe Kritik an dem Vorstoß der AfD. Die hatte gefordert, dass die Stadt Bocholt ihr Geld künftig auch uneingeschränkt in Unternehmen investieren darf, die Atomenergie erzeugen. Der entsprechende Passus in der Anlagerichtlinie sieht bislang vor, dass solche Investitionen möglichst vermieden werden sollen. In der Begründung ihres Antrags sprach die AfD-Fraktion von einer „ideologischen Verteufelung von Atomenergie“, die den „politischen Zielsetzungen der europäischen Gemeinschaft“ widerspräche. Der Passus solle gestrichen werden.

## Kritik an Wortwahl

In der Ausschusssitzung stieß diese Argumentation auf breite Kritik. Bernhard Lübberdink (CDU) kritisierte scharf, die Wortwahl erinnere ihn an „ganz schwere alte Zeiten, die ungefähr 90 Jahre her sind“. Sandra Uebbing (SPD) bezeichnete den Vorstoß als „reinen Populismus“. Die Stadt habe sich bewusst dafür entschieden, Geldanlagen an klare ethische und verantwortungsvolle Kriterien zu binden. „Die AfD versucht, Atomenergie als moderne Lösung zu verklären“, sagte Uebbing. Die sei keine ideologische Frage, sondern eine von Verantwortung und Risiko. Das „Wording“ des AfD-Antrags sei „durchschaubar“ und „gefährlich“.

## „Schlechtes Geschäft“

Auch Michael Frieg (Die Linke) sprach von einem „politischen Rückfall in ver-

gangene Jahrzehnte“. Atomenergie stehe für ungelöste Endlagerfragen, jahrzehntelange Haftungsrisiken und milliardenschwere Folgekosten. „Gewinne werden privatisiert, Risiken vererbt“, sagte Frieg. Für Kommunen sei die Atomkraft ein „schlechtes Geschäft“ mit hohem Risiko und geringem gesellschaftlichen Nutzen.

Lesen Sie jetzt

Peter Wiegel (Stadtpartei) widersprach der AfD-Argumentation ebenfalls. Der Verweis im Antrag auf die „Zielsetzungen der europäischen Gemeinschaft“ suggeriere eine Einigkeit, die es so in der EU nicht gebe. Während Staaten wie Frankreich den AKW-Ausbau vorantrieben, habe sich Deutschland vor rund drei Jahren „aus guten Gründen“ von der Atomkraft verabschiedet. Zwar werde im Ausschuss nicht über Energiepolitik entschieden. „Aber wir senden ein politisches Signal“, sagte Wiegel, sollte Bocholt mit Anteilen an Atomenergie-Unternehmen Geld verdienen wollen.

Bärbel Sauer (Soziale Liste) warnte vor Leichtsinn bei öffentlichen Geldern. Atomkraft sei „teuer, langsam und unsicher“. Katastrophen wie Tschernobyl und Fukushima zeigten, welche Folgen möglich seien. Steuergelder gehörten aus ihrer Sicht nicht in alte „Hochrisikotechnologien“, sondern in erneuerbare Energien und zukunftsfähige Projekte.

## AfD verweist auf neue Technologien

Für die AfD verteidigte André Ludwig den Antrag und betonte, man wolle „keine Grundsatzdiskussion vom Zaun brechen“. Fraktionskollege Ludger Mar-

witz widersprach den vorgebrachten Argumenten der Ausschussmitglieder und verwies auf neue Reaktor- und Entsorgungstechnologien, etwa die sogenannte Dual-Fluid-Technologie. Damit, so meinte er, könne auch der Atommüll „für Jahrhunderte sicheren Strom bringen“. Die Technologie könnte seiner Auffassung nach neue Ansätze in der Endlagerfrage liefern. Die bisherigen Einwände im Ausschuss beruhten auf einem veralteten Kenntnisstand. Den Fraktionen warf er in diesem Zusammenhang „Nachquaken“ von Meinungen vor – er wählte damit einen Begriff, den Bürgermeister Christian Mangen als Ausschussvorsitzender kurz darauf rügte.

Annette Grümer-Weyers (Grüne) zeigte sich von den Argumenten der AfD unbeeindruckt. Sollten die geschilderten Lösungen existieren, wären sie „nobelpreisfähig“, meinte sie. Dann hätte sich die gesamte Energie- und Wirtschaftspolitik längst daran orientiert.

## AfD-Antrag abgelehnt

Zum Abschluss mahnte Gisbert Bresser (CDU), die Diskussion nicht weiter auszuweiten. Im Ausschuss gehe es nicht um die Nutzung von Atomkraft, sondern um Kriterien für kommunale Kapitalanlagen. Anschließend wurde der AfD-Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Es gab zwei Dafür-Stimmen.

## Faktencheck: Dual-Fluid-Technologie

**Was ist das?** Der Dual-Fluid-Reaktor ist laut Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) ein alternatives Atomreaktor-Konzept eines deutsch-kanadischen Unternehmens, bei dem der Brennstoff nicht fest,

sondern flüssig vorliegt. Er kombiniert Elemente von Salzschmelze- und bleigekühlten Reaktoren.

**Was verspricht die Technologie?** Befürworter erwarten einen höheren Wirkungsgrad, da der Reaktor mit sehr hohen Temperaturen von bis zu 1000 Grad arbeiten soll. Theoretisch könnte dadurch weniger Brennstoff pro erzeugter Strommenge benötigt werden. Zudem beschreiben die Entwickler ein passives Sicherheitskonzept, bei dem der Brennstoff im Störfall automatisch in Auffangtanks abfließen soll.

**Kann damit Atommüll zu Strom werden?** Das Konzept sieht vor, dass im Be-

trieb Spaltprodukte aus dem flüssigen Brennstoff entfernt werden sollen und neuer Brennstoff zugeführt wird. Dadurch könnten mehr spaltbare Bestandteile genutzt werden als in heutigen Reaktoren. Eine vollständige oder gar jahrhundertelange Nutzung vorhandener Atommüllbestände ist bislang nicht belegt. Nach Angaben der Entwickler könnte die Technologie den Atommüll stark reduzieren und die notwendige Lagerdauer verkürzen; unabhängige praktische Nachweise dafür gibt es bisher nicht.

**Wo steht die Entwicklung?** Der Dual-Fluid-Reaktor befindet sich laut BASE in einem frühen Entwicklungsstadium.

Es gibt weder ein Kraftwerk noch einen Prototyp, viele Fragen zu Sicherheit, Materialien und Wiederaufarbeitung sind offen. In Ruanda planen die Entwickler nach eigenen Angaben einen Versuchsreaktor ab etwa 2026/27. Von einer Serienproduktion gehen sie ab Anfang bis Mitte der 2030er-Jahre aus. Ob diese Zeitpläne realistisch sind, lässt sich derzeit nicht abschätzen.

Newsletter

**Neues aus Bocholt**

Mit Nachrichten, die zählen. Jeden Tag. Jetzt kostenfrei anmelden:

Wörter:	785	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Christian Vosgröne <a href="https://www.bbv-net.de/autor/christian-vosgroene-2/">https://www.bbv-net.de/autor/christian-vosgroene-2/</a>	Visits (VpD) <sup>1</sup> : Unique Users (UUpD) <sup>2</sup> :	38.576 16.000
Rubrik:	Bocholt		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink: <a href="https://www.bbv-net.de/bocholt/politik-lehnt-afd-antrag-ab-stadtgeld-bocholt-keine-investition-atomenergie-2026-debatte-streit-w1148494-6000491682/">https://www.bbv-net.de/bocholt/politik-lehnt-afd-antrag-ab-stadtgeld-bocholt-keine-investition-atomenergie-2026-debatte-streit-w1148494-6000491682/</a>			
<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04-2024			
<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+			